



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Aus dem Inhalt

Die Neutralität nützt der Schweiz und der Welt

Die gescheiterte Energiestrategie 2050

Die Schweiz als starker Industriestandort braucht eine Stromoffensive

Energieversorgung: Perspektiven statt Wunschdenken

Energie- und Klimadebatte im Aargau: Sind wir auf dem richtigen Weg?

Energiekrise - wir sind noch lange nicht über dem Berg

Wie bewältigen wir die Systemkrise im Schweizer Gesundheitswesen?

Versorgungssicherheit ist wichtig

Auf dem Weg zur 10-Millionen Schweiz

NZZ-Interview mit Dr. Hans-Jörg Bertschi:
«Firmen, die Mitarbeiter aus dem Ausland rekrutieren, sollen eine Abgabe bezahlen»

Perspective CH – im Einsatz für eine souveräne, unabhängige Schweiz



Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die Spannung steigt, der entscheidende Tag – der 22. Oktober 2023 – rückt immer näher. Die Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten bringen sich fortlaufend in Stellung. Auch Perspective CH ist bereit, aktiv in das Wahlgesehen einzugreifen.

Der vorliegende Newsletter ist Potpourri erstklassiger Beiträge aus dem Kreis unserer Mitgliederinnen und Mitglieder. Die Themen Weltoffenheit und Souveränität werden von verschiedensten Blickwinkeln durchleuchtet: Sei dies im Hinblick auf die Energieversorgung, die Beziehungen zur EU oder auch bei Themen wie Gesundheit und Zuwanderung. Die Verfasserinnen und Verfasser der verschiedenen Artikel gehören auf ihren Gebieten zu den Themenleadern und prägen die politischen Entscheidungen massgeblich mit. Umso erfreulicher, gehören sie der Perspective CH an. Das lässt mich dann auch sogleich zum absoluten Höhepunkt im Wahlkampfjahr kommen: Den traditionellen Wahlanlass von Perspective CH:

Am 7.9.2023 findet um 20.00 Uhr im Gasthof Ochsen in Lupfig der traditionelle Wahlanlass statt.

Reservieren Sie sich den Termin noch heute in der Agenda und erleben Sie die Aargauer Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten live. Stellen Sie Fragen und überzeugen Sie sich vor Ort, dass die Kandidatinnen und Kandidaten von Perspective CH allesamt eine glanzvolle Wahl nach Bern verdienen.

In dem Sinne wünsche ich Ihnen wunderbare Frühlings- und Sommertage, bis bald,

Reto Caprez
Präsident PERSPECTIVE CH

Herausgeber

PERSPECTIVE CH, Postfach, 5001 Aarau



**Dr. Philipp Gut, Unternehmer,
Journalist, Nationalratskandidat
SVP**

“ Die glaubwürdige Neutralitätspolitik der Schweiz hat massgeblich dazu beigetragen, dass wir von zwei Weltkriegen verschont geblieben sind.

Die Neutralität nützt der Schweiz und der Welt

Seit dem Ukrainekrieg ist die Schweizer Neutralität unter Dauerbeschuss. Zu Unrecht: Sie trägt zu Stabilität und Frieden bei – hier und in der Welt.

Die immerwährende und bewaffnete Neutralität gehört zu den tragenden Staatssäulen der Schweiz. In Umfragen erzielt sie regelmässig rekordhohe Zustimmungswerte. Doch seit dem russischen Überfall auf die Ukraine scheint plötzlich alles anders zu sein: International nimmt der Druck auf die Schweiz stark zu, die Neutralität aufzuweichen. Und auch führende Schweizer Politiker werfen im Sog dieser zeitgeistigen Stimmung das bewährte Konzept über Bord. Sie wollen Waffen und Munition in das Kriegsgebiet liefern und fordern eine weitere Annäherung der Schweiz an die Nato.

Glaubwürdig ist nur die bewaffnete Neutralität

So verständlich der moralische Impuls ist, dem Opfer eines Angriffskriegs zu helfen: Es ist kopflös und unverantwortlich, die Neutralität praktisch über Nacht aufzugeben. Sie ist in Jahrhunderten gewachsen und hat sich vielfältig bewährt. Die glaubwürdige Neutralitätspolitik der Schweiz hat massgeblich dazu beigetragen, dass wir von zwei Weltkriegen verschont geblieben sind. Glaubwürdig ist die Neutralität aber nur, wenn sie bewaffnet ist – das heisst, wenn wir unser Territorium auch verteidigen können. Nur so sind wir kein sicherheitspolitisches Vakuum und ein zuverlässiges Mitglied der Staatengemeinschaft.

Die schweizerische Neutralität hilft aber nicht nur uns selbst, sie trägt auch zu Stabilität und Frieden in der Welt bei. Dank unserer Rolle als neutralem Kleinstaat, der bewusst auf Machtpolitik und Aggression verzichtet, sind wir ein glaubwürdiger Vermittler in internationalen Krisen und Konflikten. Die sogenannten Guten Dienste sind weltweit geachtet und gefragt.

Man kann nicht halb neutral sein

Allerdings setzen wir unser diplomatisches Pfand aufs Spiel, wenn wir Zweifel an unserer neutralen Haltung aufkommen lassen. Dabei vergessen die modischen Kritiker der Schweizer Neutralität, dass uns das Neutralitätsrecht zu neutralem Handeln verpflichtet. Die Neutralität basiert nicht auf Beliebigkeit, sie muss konsequent gehandhabt werden. Der Autor und ehemalige Diplomat Paul Widmer hat es treffend gesagt: Man kann nicht halb neutral sein – wie man auch nicht halb schwanger sein kann. Entweder man ist es, oder man ist es nicht.

Die Verächter der Neutralität vergessen auch, dass politische und juristische Neutralität nicht gleichbedeutend sind mit Gesinnungsneutralität. Das zeigt das Beispiel von Winston Churchill eindrücklich: Als der ehemalige britische Kriegspremier nach dem Zweiten Weltkrieg die Schweiz besuchte, jubelten ihm die Schweizerinnen und Schweizer zu wie keinem ausländischen Staatschef vor und nach ihm. Trotz der Tatsache, dass die Sympathien klar verteilt waren, hielt die Schweiz in diesen schwierigen Zeiten an ihrer Neutralität fest.

Die Neutralität hat Zukunft

Natürlich war unsere neutrale Position auch damals interner und externer Kritik ausgesetzt. Lernen können wir daraus, dass wir dies aushalten können müssen. Wir brauchen Politiker mit Rückgrat, die in aller Sachlichkeit auf unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen hinweisen und den Wert der Neutralität für die Schweiz und die Welt souverän erklären. Was wir nicht brauchen, sind politische Windfahnen, die heute das Gegenteil von gestern vertreten. Denn die Neutralität hat Zukunft! Niemand kann sie zerstören – ausser wir selbst.



Adrian Meier, Grossrat FDP,
Menziken

Die gescheiterte Energiestrategie 2050

Der Schweiz drohte vergangenen Winter und droht im nächsten Winter wiederum eine Strommangellage. Das hat primär nichts mit dem gescheiterten Stromabkommen zu tun, sondern einfach mit der Tatsache, dass rein physikalisch zu wenig Strom im System sein wird. Die Energiestrategie 2050 ging davon aus, dass wir ab 2035 zur Behebung der Winterstromlücke Gaskombikraftwerke benötigen würden. Nur wurde dies wissentlich dem Volk in der Abstimmung 2017 verschwiegen. Das nun im letzten Halbjahr unter Notrecht gebaute Notkraftwerk in Birr wird als Mahnmal der gescheiterten Energiestrategie 2050 in die Geschichtsbücher eingehen.

Die Energiestrategie ging auch vom Irrtum aus, dass der Stromverbrauch künftig sinken würde. Doch alle, die sich nur ein wenig mit der Materie befasst haben, wussten, dass dem nicht so sein würde. Denn wer Klima- und Energiepolitik gemeinsam versteht und lebt, der weiss, dass zur erfolgreichen Dekarbonisierung eine Elektrifizierung der Mobilität und der Wärmeerzeugung notwendig sein wird.

Wie kann die Stromlücke geschlossen werden?

Der historische Fehler von 2017 mit der damals beschlossenen Energiestrategie 2050 muss rückgängig gemacht werden. Das Verbot der Kernenergie im Kernenergiegesetz gehört aufgehoben. Gewiss, die Kernenergie löst uns nicht das kurz- und mittelfristige Problem der Strommangellage. Die Kernenergie kann aber Teil der Lösung sein, bis 2050 das klimapolitische Ziel von Netto-Null zu erreichen. Reaktoren der vierten Generation haben ein riesiges Potenzial, unseren weltweiten Energiehunger zu stillen.

Das ist nicht irgendeine Träumerei oder Behauptung. Die EU stuft die Kernenergie als grüne Technologie ein. Neben der EU-Kommission begrüssen in halb Europa Grüne und Sozialdemokraten diese Technologie. Der Weltklimarat sieht die Kernenergie als Teil der Lösung, um das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Ja selbst die Initiatorin der Schulstreiks für das Klima, Greta Thunberg, teilte im März 2019 in einem Facebook-Post mit, dass der Kernenergie eine Rolle bei einer CO₂-freien Energiepolitik zukomme. Die FDP Aargau hat sich immer für eine Klima- und Energiepolitik stark gemacht, die auf Innovationen setzt, Forschung unterstützt und die Hürden für erneuerbare Energien senkt.

Der Strommix macht es aus!

Die Schweiz baute schon immer auf einen diversifizierten Strommix und ist damit sehr gut gefahren. Auch künftig braucht die Schweiz einen Strommix, der zwar deutlich mehr erneuerbare Energien beinhalten soll als bisher, aber auch Kernkraftwerke der vierten Generation darf und soll Teil davon sein.

Die Mitte- und Grün-/Linksfraktionen im Grossen Rat legten ihre ideologischen Scheuklappen nicht ab. Man will CO₂-Neutral werden, aber bei der Stromproduktion spielt das keine Rolle. Lieber wird jeweils im Winter Atomstrom aus Frankreich und Kohlestrom mit massivem CO₂-Ausstoss aus Deutschland importiert. Das ist keine ehrliche Politik und muss korrigiert werden.

“ Die Energie-
strategie ging auch
vom Irrtum aus, dass
der Stromverbrauch
künftig sinken würde.





Thierry Burkart, Ständerat AG
und Präsident FDP.Die Liberalen
Schweiz

Die Schweiz als starker Industriestandort braucht eine Stromoffensive

Wir befinden uns mitten in einer Energie- und Stromkrise. Dank dem milden Winter sind wir zDer Wohlstand der Schweiz baut auf verfügbarer und günstiger Energie auf. Diesen Wettbewerbsvorteil müssen wir uns erhalten. Die Weichen müssen jetzt aber sehr rasch gestellt werden. Der Wohlstand und die starke Industrie der Schweiz basieren auf verfügbarer und günstiger Energie. Schafft es unser Land nicht, diesen Wettbewerbsvorteil zu erhalten, dann drohen wir bei wichtigen Entwicklungen zurückzufallen.

Die Schweizer Energiepolitik ist zu lange von Ideologie und zu optimistischen Szenarien getrieben worden. Das Land braucht nun neben der Offensive für erneuerbare Energien dringend Speicherkapazitäten und neue Grosskraftwerke, wenn wir bis 2050 den massiven zusätzlichen Strombedarf decken wollen. Das bietet Chancen für die Stärkung der Industrie – bedingt aber, dass die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen rasch langfristig und verlässlich ausgestaltet.

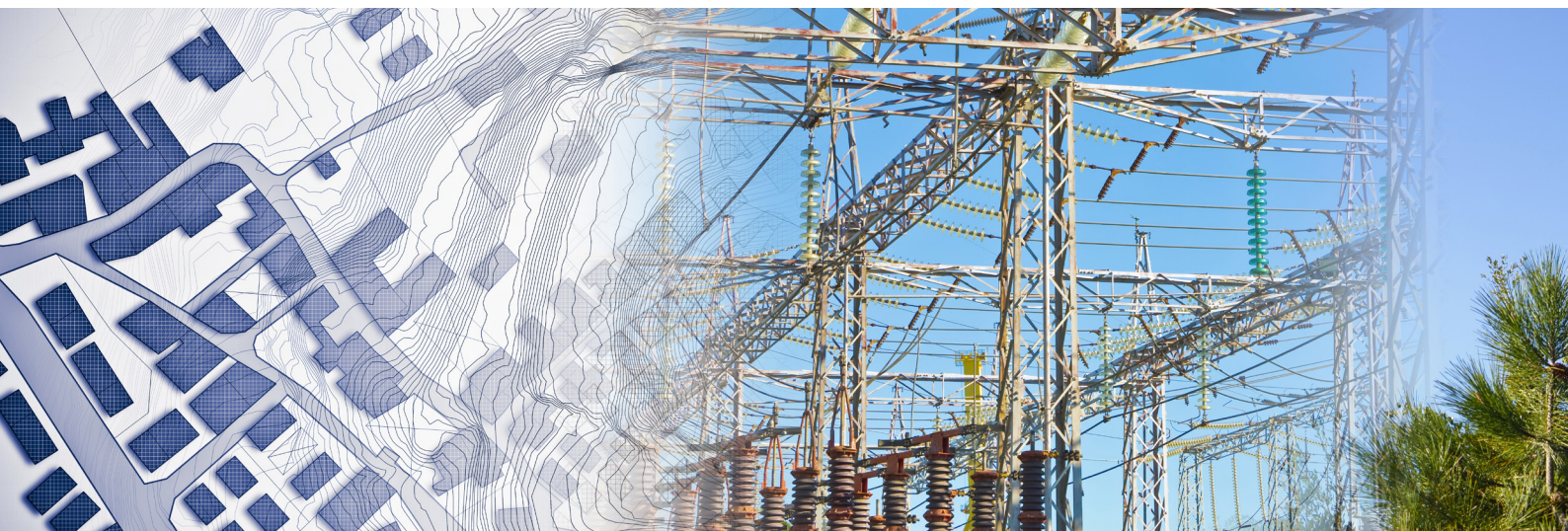
Unrealistisches Schönwetterprogramm

In Birr stehen nach weniger als sechs Monaten Planungszeit und einem Notverfahren acht Turbinen bereit. Das mobile Reservekraftwerk soll die Schweiz vor einem Stromausfall schützen. Das für 470 Millionen Franken gemietete Kraftwerk braucht im Vollbetrieb 70 000 Liter Heizöl pro Stunde. Der Betrieb ist so laut, dass der Bund die Turbinen nur tagsüber laufen lassen will. In drei Jahren muss das Kraftwerk wieder abgebaut werden. Die Birrer Turbinen sind das Mahnmal für das Versagen der Schweizer Energiepolitik. Mit Notmassnahmen ist die Krise nicht ausgestanden. Die unangenehme Wahrheit lautet, dass nach dem Winter vor dem Winter ist. Im kommenden Jahr wird es schwieriger werden. Der russische Erdgas-Lieferstopp und die reduzierte Atomstromproduktion in Frankreich führen der Schweiz und Europa vor Augen, was passiert, wenn man erstens strukturell – nämlich über den ganzen Winter – von zu grossen Mengen an Stromimporten abhängig ist und zweitens die Energiequellen, wie zum Beispiel beim russischen Gas, nicht genügend diversifiziert hat. Die Schuld dürfen wir nicht bei den anderen suchen. Dass die Schweiz zu wenig Strom produziert, ist ein offenes Geheimnis. Mit der Krise platzt das im Zuge der Defossilisierung immer unrealistischere Schönwetterprogramm der Energiestrategie 2050 wie eine Seifenblase. Die Annahme, dass Stromimporte immer möglich sind und der Stromverbrauch trotz Defossilisierung nicht zunehmen wird, war Wunschdenken.

“ Die Annahme,
dass Stromimporte immer möglich sind, war
Wunschdenken.

Genügend Strom – und weniger Ideologie

Investitionen in neue erneuerbare Technologien sind zwar ein richtiger und wichtiger Schritt. Doch damit allein ist es nicht getan. Diese unstete Energie muss mit sofort abrufbarer Kapazität kombiniert werden. Je höher der Anteil der erneuerbaren Energien, desto grösser der Bedarf an teuren Speichern wie Pumpspeicherkraftwerke, Stauseen oder Anlagen für die Umwandlung von Elektrizität in Wasserstoff sowie den Aufbau einer Parallelinfrastruktur mit Grosskraftwerken, die mit Gas oder synthetischen Treibstoffen betrieben werden. Genau das sah sogar die Energiestrategie 2050 – trotz falschen und zu optimistischen Annahmen – mit vier bis fünf Gaskraftwerken eigentlich vor. Aus ideologischen Gründen ist dieser Teilaspekt der Energiestrategie aber in den Schubladen des Uvek verschwunden. Wenn wir weiterhin eine nahezu CO2-freie Stromproduktion anstreben, muss die Kernenergie für die Zukunftsplanungen unbedingt wieder berücksichtigt werden; Anschauungsbeispiele dafür sind die sich im Bau befindenden Kraftwerke in Schweden, Polen, den Niederlanden und Japan sowie das jüngst ans Netz angeschlossene in Finnland.





**Benjamin Giezendanner, Unternehmer,
Nationalrat SVP, Präsident
Aargauischer Gewerbeverband**

“ 2017 sorgte das
Energiegesetz von Doris
Leuthard für das Funda-
ment einer haarsträuben-
den Energiepolitik der
Schweiz.

Energieversorgung: Perspektiven statt Wunschdenken

Bereits in wenigen Jahren könnte es der Schweiz an den Kragen gehen: der derzeitige Stand der Stromversorgung lässt darauf schliessen, dass es ab 2025 tagelange Stromausfälle geben könnte. Nach der Pandemie und während eines nur 2000 Kilometer östlich entfernten Krieges könnte die Stromknappheit die nächste grosse Bedrohung für die innere Sicherheit der Schweiz bedeuten.

Die Schweiz wird ihre Abhängigkeit von Gas in den kommenden Jahren linear mit dem Zubau von Photovoltaik und Windkraft erhöhen müssen, wobei wir heute nicht einmal eigene Speichermöglichkeiten für Erdgas aufweisen. Bis vor Kurzem war diese Tatsache kein sonderlich grosses Problem, da man auf unsere Nachbarstaaten zählen konnten. Im Blickpunkt der andauernden Ereignisse in der Ukraine muss man jedoch so schnell wie möglich versuchen, Alternativen zu prüfen und zu finden. Die Abhängigkeit von Erdgas in der Gesellschaft und der Wirtschaft ist immens: der Wegfall von Erdgas würde verheerende Folgen in der Volkswirtschaft nach sich ziehen. Unternehmen müssten Produktionen runterfahren, sie könnten insolvent werden und Arbeitsplätze gingen verloren. All diese Folgen würden auf einem nicht vorstellbaren hohen Niveau daher kommen, sprich einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Katastrophe in der Schweiz, wie wir sie noch nie erlebt haben.

Die Selbstversorgung von Strom wird verunmöglicht

Diese Abhängigkeit von ausländischem Erdgas ist jedoch nicht dem Zufall entsprungen: 2017 sorgte das Energiegesetz von Doris Leuthard für das Fundament einer haarsträubenden Energiepolitik der Schweiz. Denn genau wie die Schweiz abhängig von ausländischem Gas ist, ist sie abhängig von Strom. Durch die Annahme des Energiegesetzes von 2017 wurde der Schweiz durch das Verbot für den Bau von neuen KKW's die Selbstversorgung von Strom verunmöglicht. Stattdessen werden unter der «klimafreundlichen» Energiepolitik von Simonetta Sommaruga Windkraftwerke für Millionen von Franken subventioniert, welche ineffizient in der Weltgeschichte herumstehen und auch das Landschaftsbild der Schweiz verschandeln. Folge davon: in wenigen Jahren, und davon reden Experten schon seit geraumer Zeit, wird die Schweiz eine Stromknappheit zu bewältigen haben. Wie man diese bewältigen soll, ist faktisch noch unklar. Eine Stromknappheit, welche mehrheitlich während der „Dunkelflaute“ in den Monaten Dezember und Januar vorkommt, wäre eine Bedrohung für die innere Sicherheit der Schweiz. Transportmittel und Fabriken würden stillstehen, die Grundversorgung arg gefährdet. Ein sog. «Blackout» wäre für die Schweiz eine grössere Katastrophe als es die Corona-Pandemie je war oder hätte werden können. Dieses Risiko kann die Schweiz nicht eingehen. Ausländischen Strom kann man kurzfristig beziehen, doch in einer Krisensituation würde wohl auch im angrenzenden Ausland eine Knappheit herrschen und die Transitleitungen haben nur eine beschränkte Kapazität uns zu versorgen.

Gefragt sind realistische Rezepte

Kurzfristige Abhilfe gegen die drohende Strommangellage wird der Bau von Gaskraftwerken schaffen. Diese Gaskraftwerke könnten momentan die Schweiz mit genügend Bandstrom versorgen, doch mit der Dekarbonisierung wird der Strombedarf derart steigen, das unser CO₂-Fussabdruck insbesondere im Winterhalbjahr massiv steigen würde. Deshalb bietet dieses Instrument nur eine kurz- bis mittelfristige Lösung. Damit wir unsere Resilienz entscheidend stärken können braucht es schnellstmöglich Speichermöglichkeiten auf dem Territorium der Eidgenossenschaft. Mit anderen Worten: die Schweiz braucht einen gigantischen Erdgasspeicher, der genügend Kapazität hat Bandstrom in den Wintermonaten zu produzieren. Darüber hinaus kommen wir nicht darum herum die bestehenden Kernkraftwerke zu ersetzen, damit der Preis pro Kilowattstunde auch während der Dunkelflaute bezahlbar bleibt. Es ist an der Zeit Politiker und Politikerinnen nach Bern zu senden, die konkrete Rezepte bieten und nicht auf der rosaroten Klimawolke leben.





**Christian Glur, Meisterlandwirt,
Grossrat, Glashütten**

“ Dass mit dem Ausbau von Solar und Wind trotzdem eine riesige Winterlücke bestehen bleibt, will man offensichtlich immer noch nicht wahrhaben.

Energie- und Klimadebatte im Aargau.

Sind wir auf dem richtigen Weg?

Nachdem im Jahr 2020 das kantonale Energiegesetz sowie im Jahr 2021 das CO₂-Gesetz auf nationaler Ebene jeweils aufgrund des Referendums der SVP vom Stimmvolk abgelehnt wurden, fragen wir uns, ob die Politik und die Verwaltung ihre Lehren daraus gezogen haben. Klar ist, dass beide Vorlagen völlig überladen waren und eine Mehrheit der Bevölkerung keine Lust hatte, solch eine grosse Bevormundung und durch den Staat verursachte Kostenexplosion in Kauf zu nehmen.

Im Kanton Aargau suchten die unterlegenen Parteien (alle ausser der SVP und EDU) zuerst nach Erklärungen und schon bald darauf wurden unzählige Vorstösse im kantonalen Parlament eingereicht. Schlussendlich mit demselben Ziel, die Bevölkerung umzuerziehen, damit das netto Null 2050 erreicht werden kann.

Klima Artikel in der Verfassung

Am 25. April 2023 hat der Grosse Rat der Parlamentarischen Initiative mit 85 zu 48 Stimmen in erster Beratung zugestimmt. Diese Initiative will nicht weniger als die Grundlagen schaffen, indem in der Verfassung des Kantons Aargau festgeschrieben wird, dass alles unternommen werden muss, damit der Kanton Aargau im Jahr 2050 klimaneutral ist. Sprich somit wird faktisch alles andere diesem Ziel untergeordnet, und der Bevölkerung können sämtliche bevormundenden Massnahmen mit diesem Artikel aufgebremst werden. Die SVP wird diesen Klimaartikel bis zum Schluss bekämpfen, weil er unnötig ist und das Tor für eben diese bevormundenden Massnahmen weit aufstösst. Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, können die Stimmbürger im 2023 an der Urne darüber befinden.

Falsche Politik

Grundsätzlich ist es richtig und wichtig, dass der CO₂-Ausstoss mittel- bis langfristig gesenkt wird. Doch das Ganze muss gesellschafts- und wirtschaftsverträglich geschehen. Es kann nicht sein, dass man, so wie Linksgrün fordert, eine möglichst rasche Umstellung von den fossilen (Verbrennungsmotoren, Ölheizungen, usw.) auf elektrische Energien (Wärmepumpen, Elektro Fahrzeuge) vorantreibt ohne eine ausreichende und gesicherte Energieversorgung in der Schweiz gewährleisten zu haben.

Dass mit dem Ausbau von Solar und Wind trotzdem eine riesige Winterlücke bestehen bleibt, will man offensichtlich immer noch nicht wahrhaben. Man sollte ehrlich sein und so wie die Grünen in Finnland endlich den Weg für ein neues umweltfreundliches Kernkraftwerk der neuesten Generation freimachen und nicht nur immer alles verhindern Denn ansonsten werden wir in eine unglaubliche Abhängigkeit vom Ausland kommen. Weiter sollte man auch endlich einsehen, dass mit der Riesenzuwanderung in unser Land die Probleme jeden Tag grösser werden. Doch da schaut man lieber weg.

Fazit

Von linksgrüner Seite über die Mitte bis hin zur FDP wird zurzeit krampfhaft versucht, jene Punkte, welche das Volk beim kantonalen Energiegesetz sowie beim nationalen CO₂-Gesetz abgelehnt hat, nun auf anderem Weg einzuführen. Ich persönlich habe ein anderes Demokratie Verständnis und werde diese Angriffe auf unsere Freiheit vehement bekämpfen.



**Dr. Adrian Schoop, Unternehmer,
Gemeindeammann, Grossrat,
Turgi**

Energiekrise – wir sind noch lange nicht über dem Berg

Wir befinden uns mitten in einer Energie- und Stromkrise. Dank dem milden Winter sind wir zwar noch einmal hauchdünn an einer Katastrophe vorbeigeschrammt, doch die Gefahr ist noch lange nicht gebannt. In der Schweiz nicht – und im europäischen Ausland nicht. Das zeigt ein Blick nach Deutschland. Unser nördlicher Nachbar hat am 15. April seine letzten Kernkraftwerke vom Netz genommen. Eigentlich hätten sie bereits am 31. Dezember 2022 abgeschaltet werden sollen. Doch aufgrund der Energiekrise liess man sie noch ein paar Monate länger laufen. Damit bildet sich Deutschland ein, dass die Energiekrise vorüber ist. Was ein für ein Trugschluss.

Das Resultat der deutschen «Energiewende»: Die Ampelkoalition muss massiv auf die schmutzige Kohle zurückgreifen. Die drohende Strommangellage ist damit aber nicht behoben.

Eidg. Wahlen 2023



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Grosse öffentliche Wahlveranstaltung

Save the Date

Donnerstag, 7. September 2023

20.00 Uhr

Gasthof Ochsen, Lupfig

Mitgliederversammlung um 18.00 Uhr

“ Die Politik hat es in der Hand, die Verfahren für Kernkraftanlagen zu beschleunigen.

Auch in der Schweiz spitzt sich die Lage mittelfristig zu. Denn während wir bei der Stromproduktion kaum wirksam handeln und im Schlapptau der Deutschen ebenfalls kopflos aus der Kernenergie aussteigen wollen, steigt der Strombedarf rasant. Die ETH prognostiziert bis 2050 einen rund 50% höheren Strombedarf als heute. Dabei sind weiterhin auf Stromimporte angewiesen. Die Elcom prognostiziert bis 2050 eine Verdoppelung, zeitweise sogar eine Verdreifachung der Importe.

Doch wie das letzte Jahr gezeigt hat, sind solche Stromimporte keinesfalls sicher. Der europäische Strommarkt wankt. Zur kurzfristigen Überbrückung der Strommangellage muss der Bundesrat Vorkehrungen für den Notfall treffen. Ein Beispiel dafür ist das Reservekraftwerk in Birr. Mittel- und langfristig müssen die bürokratischen Hürden für den Bau von Klein- und Grosskraftwerken abgebaut werden. Dies gilt auch für das Bauen ausserhalb der Bauzone, um beispielsweise Solaranlagen zu ermöglichen.

Weiter muss das gesetzlich verankerte Technologieverbot gekippt werden, damit umgehend Kernkraftwerke der neusten Generation forciert werden können. Die ganze Welt baut Kernkraftwerke, nur die deutschsprachigen Länder haben sich ideologisch eingeeigelt und schaden sich damit selbst. Es wird zwar immer behauptet, dass der Bau von neuen Kernkraftwerken Jahrzehnte dauern würde, dies liegt aber auch an den langwierigen Planungs- und Bewilligungsverfahren. Die Politik hat es in der Hand, diese Verfahren zu entschlacken und zu beschleunigen.

Fazit: Eine Strommangellage oder schon nur die Gefahr einer solchen ist Gift für die Schweiz als Wirtschafts- und Werkplatz. Es wird Zeit, dass wir auch in der Energieversorgung endlich für Sicherheit sorgen.



Dr. Daniel Heller, Erlinsbach
 Partner bei Farner Consulting AG,
 Präsident der Spezialklinik Barmel-
 weid, Verwaltungsratspräsident der
 Kantonsspital Baden AG, verschiedene
 Verwaltungsratspositionen im Finanz-
 bereich und Startup Bereich

Wie bewältigen wir die Systemkrise im Schweizer Gesundheitswesen?

Immer noch hebt sich unser Niveau der Gesundheitsversorgung im Vergleich zu den EU-Staaten in vielen Punkten ab: Solide Finanzierung, gesunder Mix aus privater Initiative und staatlichem Engagement, sowie universelle Zugänglichkeit und rasche Verfügbarkeit für alle lassen unsere Versorgung im internationalen Vergleich gut abschneiden.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist für die gesamte Bevölkerung bei sehr weitgehenden Wahlmöglichkeiten gesichert, und es gibt praktisch keine Wartezeiten. Daher besteht ein hoher Grad an Zufriedenheit der Schweizerinnen und Schweizer mit ihrem Gesundheitssystem. Bei der Vorhaltung von ärztlichem Personal und Krankenhausbetten liegt die Schweiz deutlich über dem OECD-Schnitt, bei der Beschäftigung von Pflegepersonal ist das Schweizer System sogar Spitzenreiter.

Das Schweizer Gesundheitssystem ist aber seit der Pandemie prekär unterwegs. Stichworte lauten: Überfüllte Notfallstationen, zahlreiche wegen Personalmangels nicht betriebene Betten, Versorgungslücken infolge Ärzte- und Pflegepersonalmangel, notorische Unterfinanzierung bis hin zu Spitalkonkursen und staatlichem Dirigismus mit Strangulierung des Systems durch exzessive Vorschriften, Auflagen und Eingriffe – all diese Entwicklungen drohen Löcher in eine bisher exzellente Versorgung zu reissen.

Die jahrelang fehlgeleitete politische Diskussion über die angeblich seit Jahren explodierenden Kosten führen jetzt zu einer eklatanten Unterfinanzierung des ganzen Systems. Während das BIP zwischen 2000 und 2017 um mehr als 230 Milliarden CHF zugelegt hat und die Lohnsumme in der Schweiz um stolze 150 Milliarden CHF gestiegen ist, haben die Gesundheitskosten nur um ganze 17 Milliarden CHF zugenommen. Explosionen sehen anders aus. Die seit 2012 abgesenkten stationären Tarife sind heute bei 10% Unterdeckung; die jahrelang nicht angepassten ambulanten Tarife sind bis zu 30% defizitär. Der Median der EBITDA Marge der Akutspitäler ist gemäss pwc-Studien von 6,7% im Jahr 2012 auf gerade noch 5,1% im Jahr 2021 gesunken. Das ist die Hälfte des Ertrages, die ein Spital zum langfristigen Überleben braucht. Erste Spitäler laufen in Überschuldungen und müssen staatlich gerettet werden. Insgesamt droht uns aktuell ein Systemversagen.

Damit das Schweizer Gesundheitssystem seine führende Rolle behaupten kann, ist es wichtig, dass es nicht kaputt reguliert, sondern innovativ weiterentwickelt wird. Primär muss die Innovation innerhalb der Branche vorangetrieben werden, um die aktuellen Trends zu meistern. Insgesamt stehen wir auch in der Schweiz vor dem «Age of Health», das heisst die Gesundheitsmärkte werden zu Treibern einer neuen wirtschaftlichen Ära, in welcher unser Gesundheitswesen sich von einer «Sick Care» zu einer echten «Health Care» wandeln wird. Entsprechend ist die Erwartung in weiter boomende Gesundheitsmärkte ungebrochen. Das alles stellt Spitäler und übrige Leistungserbringer vor grosse Herausforderungen.

Es offenbaren sich drei Aktionsfelder, die das Schweizer Gesundheitswesen nachhaltig weiterentwickeln würden:

- 1) weniger staatliche Eingriffe, Restriktionen und Vorschriften, im Gegenzug kostendeckende Tarife (plus 10 Prozent stationär, plus 30% ambulant, ausreichend GWL für Vorhalteleistungen);**
- 2) mehr Innovation auf allen Ebenen, insbesondere durch die konsequente Nutzung der Digitalisierung, und**
- 3) mehr Diskussionen um den Nutzen unseres Gesundheitswesens; mittels Qualitätswettbewerb und neuen Finanzierungsmodellen erreichen wir mehr Resilienz und Durchhaltefähigkeit mit Blick auf neue Gesundheitsrisiken.**

Insbesondere brauchen wir dringend eine echte Digitalisierung der Gesundheitsversorgung. Diese müsste sicherstellen, dass vorhandene Daten schnell analysiert, geteilt und genutzt werden können. Zu vereinfachen wären sodann administrative Abläufe, was Transparenz und Effizienz im System erhöht und die Vergleichbarkeit der Leistungserbringer und ihrer Qualität untereinander ermöglicht. Damit wird die Wahlfreiheit für Patientinnen und Patienten erhöht und ein Quali-

tätswettbewerb (wo erhalte ich die beste Medizin) ermöglicht.

Ergänzend benötigen wir der Teuerungsentwicklung angepasste Tarife, faire Abgeltungen für Vorhalteleistungen sowie neue Finanzierungsmodelle, wie das von den drei Partnern Swiss Medical Network, Visana und dem Kanton Bern vorgestellte neue Grundversicherungsprodukt. Das setzt die richtigen Anreize für eine kosteneffiziente Versorgung. Wenn dann noch Dank Transparenz die Qualität medizinischer Leistungen für den Patienten erkennbar gemacht werden können, geht es endlich Richtung «Value Based Health Care». Nur mit den richtigen Anreizen und mit weniger Etatismus kann die Schweiz die Qualität ihres top Gesundheitswesens halten und die Systemkrise überwinden.



**Christoph Hagenbuch, Grossrat SVP,
Oberlunkofen**

Versorgungssicherheit ist wichtig

Sind zwei Franken für den Liter Benzin schlimm? Richtig schlimm ist es erst, wenn man am Zapfhahn steht und kein Benzin rauskommt! Die Schweiz hat bei Lebensmitteln einen Selbstversorgungsgrad von rund 50 %. Bei vielen anderen lebenswichtigen Produkten (z.B. Medikamente, Benzin, Dünger) importieren wir bis zu 100% des Bedarfs. Das ist ein erhebliches Risiko für Schweizerinnen und Schweizer.

Unsere Vorfahren haben diese Gefahr bereits im 1. Weltkrieg erkannt und haben darum ab den 1920er Jahren erstmals Pflichtlager mit Brotgetreide angelegt. Über die Jahre wurden diese Pflichtlager auf weitere Produkte erweitert. Um die Jahrtausendwende änderte sich die politische Grosswetterlage. Krieg in Europa schien ausgeschlossen. Andere Staaten waren scheinbar «nett» zur Schweiz. 2004 wurde die Vorratshaltung u.a. von Seife, Schmieröl, Kakaobohnen und Saatgut komplett aufgegeben und diejenige von Lebensmitteln auf einen Viermonatsvorrat gekürzt. Man sparte damit lächerliche 18 Franken pro Einwohner und Jahr. 2018 wurde die Pflichtlagerhaltung von Ethanol aufgehoben. Die Folge: Zu Beginn der Corona Pandemie bestand ein akuter Mangel an Desinfektionsmitteln. Einzig bei Kaffee wurde die Pflichtlagerhaltungsdauer nicht reduziert. Vielleicht weil dann in den Amtsstuben gar nicht mehr gearbeitet würde? Kaffee ist wichtig, aber nicht überlebenswichtig. Tatsache ist, dass die Politik in dieser Sache in den letzten 30 Jahren konzeptlos gehandelt hat und dass Probleme erst dann erkannt werden, wenn es schon brennt. Immerhin sollen auf Initiative des Bundesrates bald wieder Pflichtlager für Ethanol geführt werden. Es ist ja nicht verboten, aus Fehlern zu lernen.

Zauberworte Pflichtlagerhaltung und Stärkung der Eigenproduktion

Für eine sichere wirtschaftliche Landesversorgung, die auch in Krisenzeiten funktioniert, müssen die Pflichtlager lebenswichtiger Produkte stark ausgebaut werden. Vier Monate Brotweizenpflichtlager tönt nach einer langen Zeit. Nach einer immer möglichen Missernte dauert es aber ganze 12 Monate bis zur neuen Ernte. Und wie verlässlich der Import in einer Mangellage funktioniert, haben wir am Beispiel Masken vor wenigen Jahren schmerzhaft erfahren.

Noch besser als die Pflichtlagerhaltung ist die Strategie, selber wieder mehr von den lebenswichtigen Gütern zu produzieren. Antibiotika könnten in der Schweiz produziert werden! Werden Sie aber wegen dem jahrelangen Preisdruck nicht mehr. Sie werden für die ganze Welt in China und Afrika hergestellt. Mit dem Resultat, dass Antibiotika für Kinder aktuell Mangelware sind. Nicht nur das, auch Blutdruckmittel und Antiepileptika sind derzeit schwer erhältlich. Und das ohne Aussicht auf schnelle Besserung der Versorgungslage.

Bei den Nahrungsmitteln ist es dasselbe. Geiz ist geil! Das Ausland produziert billiger, mit der Folge, dass die inländische Produktion heruntergefahren wird (Stichwort Brachen und Ökoflächen) und die Lebensmittel zunehmend vom Ausland in die Schweiz gekarrt werden. Ob die Importe auch in einer Notsituation, z.B. einer weltweiten Mangellage, noch funktionieren?

Lebenswichtige Güter haben einen Preis und einen Wert

Ja, die inländische Produktion vieler lebenswichtiger Güter ist teurer und die Pflichtlagerhaltung kostet. Lebenswichtige Güter wie Nahrungsmittel, Medikamente und Energie haben aber einen Preis und einen Wert. Wir müssen uns dem Wert dieser Güter wieder stärker bewusst werden. In der Not ist ein Sack Kartoffeln oder eine Tablette Antibiotika mehr Wert als eine Tausendernote.

Politik muss die Probleme unserer Zeit vorausschauend lösen. Darum ist für mich klar, dass wir in die Versorgungssicherheit investieren müssen. Das muss sofort geschehen, nicht erst in der nächsten Krise. Wenn wir unabhängig sein und sicher leben wollen, müssen wir die Produktion von Nahrungsmitteln und wichtigen Gütern wieder zurück in die Schweiz holen.

“ In der Not ist ein Sack Kartoffeln oder eine Tablette Antibiotika mehr Wert als eine Tausendernote.



**Christoph Riner, Grossrat SVP,
Zeihen**

Auf dem Weg zur 10-Millionen Schweiz

Über 8'800'000 Menschen lebten Ende 2022 in der Schweiz. Die Einwohnerzahl wächst rasant. Wir werden wohl innert Kürze die 9 Millionengrenze erreichen. Was kommt danach, die 10- oder 11-Millionen-Schweiz? Wollen wir das? Was sind die Folgen davon? Wem bringt ein solch starkes Wachstum überhaupt etwas?

Seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2002 ist die Bevölkerungszahl um über 1,5 Millionen gewachsen. Seinerseits bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit ging Bundesbern von maximal 10'000 Personen aus, die pro Jahr zuwandern werden. Die Prognose war also um ein Vielfaches falsch. Kritischen Betrachter der damaligen Prognose wurde Angstmacherei vorgeworfen!

Fachkräftemangel ist das Wort der Stunde. Es benötigt die Personenfreizügigkeit um dem Fachkräftemangel zu entgegnen hört man von vielen Seiten. Da stellt sich doch unweigerlich die Frage, warum besteht dann trotz hoher Einwanderungszahlen in den vergangenen Jahren immer noch Fachkräftemangel? Die Antwort ist mehrschichtig. Mittels Personenfreizügigkeit kommen nicht nur Arbeits- und Fachkräfte, es kommen auch viele Menschen zum Beispiel durch Familiennachzug, welche nicht in den Arbeitsprozess eintreten. Durch die Zuwanderung werden wieder neue Fachkräfte gebraucht. Der Fachkräftemangel wird durch die Zuwanderung also nicht entkräftet.

Die Personenfreizügigkeit in ihrer heutigen Form funktioniert nicht. Das hat auch eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung im 2014 entschieden und der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung zugestimmt. Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat das Parlament eine Meldepflicht von offenen Stellen an die Arbeitsvermittlungszentren beschlossen. Die heutigen Bevölkerungszahlen belegen, dass diese Massnahme keinen Einfluss auf die Zuwanderung in unser Land hat.

Eine 10-Millionen Schweiz hat Folgen für unser schönes Land. Unsere Landschaft wird immer mehr verbaut. Es wird immer schwieriger, die Bevölkerung bei gleichzeitig abnehmender landwirtschaftlicher Produktionsfläche zu ernähren. Der Infrastrukturbau stösst an Grenzen und kann mit dem Tempo nicht mehr mithalten. Dörfer, Städte, ganze Landschaften verändern sich immer schneller.

Es stellt sich doch einfach die Frage, was für eine Schweiz wollen wir kommenden Generationen, unseren Kindern und Enkelkindern überlassen? Die Probleme jetzt nicht anzugehen ist gegenüber kommenden Generationen nicht gerecht. Den Kopf in den Sand zu stecken und alles schönreden hilft nicht. Die Politik muss sich dieser Thematik endlich ohne Scheuklappen annehmen.

“ Der Fachkräftemangel wird durch die Zuwanderung nicht entkräftet.



«Firmen, die Mitarbeiter aus dem Ausland rekrutieren, sollen eine Abgabe bezahlen»

Die Schweiz müsse mit der EU über eine Zuwanderungsbremse reden, sagt Hans-Jörg Bertschi, Co-Präsident der Vereinigung Autonomiesuisse. Im Gespräch mit Tobias Gafafer warnt er zudem vor einem Schnellschuss beim Neuanlauf mit der EU

Herr Bertschi, Sie bringen sich als international tätiger Unternehmer kritisch in der Europapolitik ein. Warum?

Am Anfang stand das Rahmenabkommen mit der EU. Mich und Hans-Peter Zehnder störte, wie einseitig der Vertragsentwurf war. Bald gesellten sich weitere Unternehmer dazu. Schweizer Familienunternehmen denken langfristig, während sich Grosskonzerne eher kurzfristig ausrichten. Wir wollen unsere Firmen auch in der nächsten Generation von hier aus betreiben. Eine zu weit gehende institutionelle Anbindung an die EU würde das Erfolgsmodell der Schweiz aufs Spiel setzen. Ein geregeltes Verhältnis zur EU ist wichtig. Aber das Wirtschaftswachstum wird in den nächsten 20 Jahren gemäss Prognosen der OECD zu 90 Prozent ausserhalb Europas erfolgen. Das dürfen wir nicht ausblenden.

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat gezeigt, welches Risiko autoritäre Herrscher darstellen. Bleibt China für Europa wirtschaftlich so wichtig, wie es heute der Fall ist?

Auch Kunden von uns versuchen zusehends, sich zu diversifizieren, damit sie nicht zu stark von China abhängig werden. Von diesen Bestrebungen profitieren Indien, Vietnam, Malaysia, Thailand und Indonesien. Der grösste Teil des Wirtschaftswachstums wird weiterhin in Asien stattfinden. Das Wachstum in den Zielmärkten und innovative Produkte sind wichtiger als Marktzugangsverträge. Die Bilateralen sind ein Erfolgsmodell. Aber die Exporte in die USA sind mehr als doppelt so stark gestiegen wie jene nach Deutschland, seit die Verträge mit der EU bestehen. Und mit den USA haben wir nicht einmal ein Freihandelsabkommen abgeschlossen.

Sie sind auch in der EU tätig. Welches Bild haben Sie von dieser?

Ich habe in der EU über 20 Tochterfirmen gegründet. Wir beschäftigen die Hälfte unserer weltweit tätigen Mitarbeitenden in den EU-Staaten. Dort herrscht oft eine grosse Bürokratie, die viel Aufwand verursacht und Anpassungen an Marktveränderungen behindert. Um die Wirtschaftsfreiheit ist es in der Schweiz viel besser bestellt. Diese belegt in Rankings den ersten Platz in Europa. Die grossen EU-Staaten, die heute tonangebend sind, schneiden schlecht ab. Das sagt einiges über die Probleme aus, die sich bei einer zu starken Anbindung an die EU ergeben würden.

Die SVP will keine Anbindung an die EU, sondern arbeitet an einer neuen Initiative, die notfalls die Personenfreizügigkeit beenden will. Wie stehen Sie dazu?

Die Schweiz ist 2022 mit der Zuwanderung aus der EU, den Schutzsuchenden aus der Ukraine und Asylbewerbern um rund 200 000 Personen gewachsen. Das entspricht der Einwohnerzahl des Kantons Basel-Stadt. Trotzdem ist der Fachkräftemangel so gross, wie es in den letzten 20 Jahre nie der Fall war. Das zeigt, dass es Grenzen des Bevölkerungswachstums gibt, etwa bei der Infrastruktur oder den Land- und Immobilienpreisen. Die Schweiz muss prüfen, ob sie die Zuwanderung anders steuern kann.

Mit der Personenfreizügigkeit wird die Zuwanderung primär über den Arbeitsmarkt gesteuert.

Ja, die Unternehmen profitieren, weil sie einfache Arbeitnehmer rekrutieren können. Deshalb finden wir, dass die Wirtschaft einen Beitrag leisten soll, damit mehr Bahnlösungen, Strassen und Schulhäuser gebaut werden können. Firmen, die Mitarbeiter aus dem Aus-



«Die institutionelle Anbindung an die EU darf nicht so weit gehen, dass die direkte Demokratie und der Föderalismus ausgehebelt werden», sagt der Transportunternehmer Hans-Jörg Bertschi.

BRITTA GUT / CHM

land rekrutieren, sollen eine Abgabe bezahlen.

Eine Zuwanderungsabgabe wäre kaum mit der Personenfreizügigkeit vereinbar, weil Arbeitnehmende aus der EU diskriminiert würden.

Es ist klar, dass die Forderung politischen Sprengstoff birgt. Eine Rückkehr zu Kontingenten wäre falsch und nicht mit der Personenfreizügigkeit vereinbar. Aber die Schweiz muss die Zuwanderung irgendwie kanalisieren und zielgerichteter gestalten. Sie sollte in die Gespräche mit der EU eine Zuwanderungsbremse in Form einer pauschalen Infrastrukturabgabe einbringen.

Die Schweiz sondiert mit der EU, ob neue Verhandlungen über die institutionellen Fragen möglich sind. Aussenminister Ignazio Cassis sieht eine positive Dynamik, während Sie vor einem Schnellschuss warnen. Misstrauen Sie ihm?

Die Gefahr eines Schnellschusses besteht. EU-freundliche Kräfte üben Druck aus, damit der Bundesrat vorwärtsmacht. Das wäre ein Fehler. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Das Risiko, dass der Neuanlauf in einem Scherbenhaufen endet, ist gross. Mich erstaunt, dass der Bundesrat im Europabericht die heiklen innenpolitischen Fragen nicht einmal erwähnt.

Welche Fragen meinen Sie? Der Bundesrat strebt offenbar vor allem weitergehende Garantien rund um die Personenfreizügigkeit an.

Die institutionelle Anbindung an die EU darf nicht so weit gehen, dass die direkte Demokratie und der Föderalismus ausgehebelt werden. Wir stellen uns nicht grundsätzlich gegen eine dynamische Rechtsübernahme. Von einigen Ausnahmen abgesehen hat sich diese in den Abkommen von Schengen und über den Luftverkehr bewährt. Wir sehen die Notwendigkeit, der EU in diesem Bereich entgegenzukommen. Aber es braucht einen fairen Mechanismus, um eine Rechtsübernahme abzulehnen.

Was meinen Sie damit?

Wenn das Parlament oder das Stimmvolk in wenigen, aber heiklen Fällen

eine Rechtsübernahme ablehnen, muss ein Opting-Out möglich sein – ohne dass zuvor eine vorläufige Anwendung erfolgt. Ausgleichsmassnahmen, die die EU bei einer Nichtübernahme ergreifen kann, müssen sich auf den Vertrag beschränken, um den es geht. Zudem sollten die Massnahmen monetärer Natur sein, wie es auch im WTO-Recht üblich ist. Es darf nicht sein, dass bei jeder wichtigen Volksabstimmung die Zukunft der Bilateralen auf dem Spiel steht. So verkommt die direkte Demokratie zur Farce.

Das gescheiterte Rahmenabkommen sah eine Lösung vor, wie sie Ihnen vorschwebt: Ein unabhängiges Schiedsgericht hätte beurteilt, ob eine Ausgleichsmassnahme verhältnismässig ist, wenn die Schweiz eine Rechtsübernahme ablehnt.

Dieser Mechanismus wäre in Ordnung. Aber das Kernproblem der institutionellen Regelung war und ist die eigentliche juristische Streitbeilegung. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) würde einen für das Schiedsgericht bindenden Entscheid fällen, wenn es um Binnenmarktrecht geht – also fast immer. Es darf nicht sein, dass die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei ausgeliefert ist. Hier braucht es eine Lösung auf Augenhöhe.

Aussenminister Cassis sagt, es sei unrealistisch, eine ganz andere Lösung zu erwarten.

Eine andere Lösung ist nicht einfach zu erreichen, und das braucht Zeit. Aber die Schweiz ist auch nicht unter Druck. Sie steht wirtschaftlich und gesellschaftlich wesentlich stabiler und resilienter da als die EU. Verhandlungen im Schnellzugtempo schwächen unsere Position.

Eine Alternative wäre das Andocken an die Efta-Institutionen des Europäischen Wirtschaftsraums EWR. Könnten Sie damit leben?

Am saubersten wäre es, wenn im Streitfall das Bundesgericht und der EuGH eine Auslegung abgeben und ein unabhängiges Schiedsgericht entscheidet. Im Gegensatz zu unseren Gerichten hat der EuGH auch eine politische Funktion, weil er die Aufgabe hat, mit seinen

Urteilen den Binnenmarkt zu vertiefen. Da hätte die Schweiz kaum Chancen auf einen fairen Entscheid. Die Streitbeilegung darf nicht einseitig durch den EuGH dominiert sein.

Grossbritannien hat mit der EU ein reines Freihandelsabkommen abgeschlossen, das ein unabhängiges Schiedsgericht vorsieht. Wenn die Schweiz partiell Zugang zum Binnenmarkt will, wird das jedoch kaum funktionieren.

Eine Lösung mit einem neutralen Schiedsgericht auf Augenhöhe wäre fair.

Die Schweiz als Nichtmitglied will Zugang zum Binnenmarkt eines Blocks von 27 Staaten mit 450 Millionen Einwohnern. Ist das eine Lösung auf Augenhöhe realistisch?

Die EU hat auch Zugang zu unserem Markt. Sie erzielt im Handel mit der Schweiz einen Milliardenüberschuss. Wir dürfen unsere Standortvorteile nicht leichtfertig aus der Hand geben. Es ist kurzfristig, sich in den Gesprächen mit der EU nur auf Ausnahmen für zwei berechtigte Fragen um die Personenfreizügigkeit, den Lohnschutz und die Einwanderung in den Sozialstaat, zu fokussieren. Wir wissen nicht, welche neuen Regulierungen in den nächsten 20 Jahren von der EU auf uns zukommen. Deshalb brauchen wir für künftige Fälle eine Streitbeilegung, die neben den Interessen der EU auch diejenigen der Schweiz berücksichtigt.

Sie warnen davor, dass das Freihandelsabkommen Teil einer institutionellen Lösung mit der EU wird. Weshalb?

Das Freihandelsabkommen wäre eine Aufgabenebene, falls die Bilateralen einmal scheitern sollten. Es darf nicht Teil einer institutionellen Paketlösung werden, wie es die EU anstrebt. Dafür gibt es auch sachlich keinen Grund.

Statt die institutionellen Fragen zu lösen, könnte die Schweiz mit der EU ein modernisiertes Freihandelsabkommen anstreben. Wäre das eine Alternative?

Das wäre eine mögliche Alternative für den Fall, dass Verhandlungen scheitern sollten. Der Bundesrat sollte sich aber darauf konzentrieren, den bilateralen Weg fortzusetzen und die Sondierungen mit der EU voranzutreiben. Dabei sind die demokratiepolitisch heiklen Punkte anzusprechen und die Erwartungen der Schweiz zu kommunizieren. Zudem sollte der Bundesrat unsere Stärken in die Waagschale werfen. Wir sind das innovativste Land der Welt. Die EU profitiert bei Handel, Dienstleistungen, Investitionen und Jobs für ihre Bürger mehr von uns als umgekehrt. Das heisst allerdings wohl auch, dass eine Einigung erst mit einer neuen EU-Kommission ab 2025 möglich ist.

Globaler Logistiker aus dem Aargau

gaf · Hans-Jörg Bertschi (65) ist der Verwaltungsratspräsident der Bertschi AG, einer Familienfirma mit rund 3000 Angestellten, die in der Chemielogistik tätig ist. Das Unternehmen ist auf den kombinierten Verkehr mit der Bahn, der Strasse und mit Schiffen spezialisiert. Der Aargauer ist einer der Co-Präsidenten der Vereinigung Autonomiesuisse, die sich gegen das Rahmenabkommen mit der EU einsetzt. Die Organisation hat über 750 Mitglieder. Darunter sind aktive Unternehmer wie Giorgio Behr oder Peter Spuhler, aber auch Rentner.

PERSPECTIVE CH

Postfach 2553

5001 Aarau

Telefon 056 464 28 49

info@perspective-ch.ch

www.perspective-ch.ch



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen

Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH

Bitte Talon einsenden oder Anmeldung per Mail mit den untenstehenden Angaben.

Name, Vorname _____

Genauere Anschrift _____

PLZ/Ort _____

Beruf, Stellung _____

Politische Mandate _____

Jahresbeiträge

Privatpersonen Fr. 50.-

Juristische Personen Fr. 100.-
Firmen, Verbände, ...

Gönner ab Fr. 200.-

Spenden willkommen!

Bankverbindung:
Credit Suisse (Schweiz) AG
8070 Zürich

IBAN: CH55 0483 5052 9798 8100 0